

Welchen Beitrag kann westeuropäische Politik bei der Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa leisten?

Ich gehe zunächst einmal von der Annahme aus, daß die Gesellschaftsform einer Kombination von parlamentarischer Demokratie, Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat diejenige Form des menschlichen Zusammenlebens in einer Gesellschaft ist, die ein hohes Maß von Beschäftigung, sozialer Sicherheit und Lebensstandard für eine große Mehrheit der Bevölkerung ebenso erzeugt wie ein hohes Maß an persönlicher Freiheit, das Leben nach einem individuellen Lebensplan zu gestalten. Es ist derzeit das historisch prononcierteste Modell zivilisierten Lebens am Ende des 20. Jahrhunderts. Es bedarf zwar ständiger Reform und Weiterentwicklung, jedoch niemand will ernsthaft hinter den historisch erreichten Qualitätsstandard dieses Modells zurück.

Die Austragung von Interessenskonflikten innerhalb und zwischen Gesellschaften dieses Typs erfolgt im wesentlichen auf friedliche Weise. Es gibt natürlich Konkurrenz, aber innerhalb ausgehandelter Regeln, es gibt vertragliche Beziehungen und internationale Kooperation. Das alles sind beste Voraussetzungen für Stabilität, Sicherheit und Frieden. Und die letzten 50 Jahre seit Ende des 2. Weltkrieges sind, was den Bereich der hochentwickelten Industrieländer betrifft, auch ein ansehnliches Beispiel für die Richtigkeit dieser Annahme.

Es liegt daher nahe und ist wünschenswert, dieses Gesellschaftsmodell auch auf Regionen der Erde auszudehnen, in denen es bisher historisch nicht selbstverständlich war bzw. erst in den Anfängen steckt. Das betrifft, auf unser Thema bezogen, insbesondere die Region von Mittelost- und Osteuropa. Dort besteht die Chance der schrittweisen Realisierung des oben skizzierten Gesellschaftsmodelles seit 1989, als die autoritären Systeme kommunistischer Prägung an ihren eigenen Widersprüchen zugrunde gegangen und in sich zusammengefallen sind, da sie sich als nicht reformfähig erwiesen haben. Beginnend von den fünfziger Jahren (DDR, Ungarn) über die sechziger Jahre (CSSR) und die siebziger Jahre (Polen) sind sämtliche Versuche der Lockerung, Öffnung und Weiterentwicklung dieser Systeme mit den Mitteln staatlicher Gewalt unterdrückt worden.

Systemwechsel verlief friedlich

1989 erfolgte durch einen im großen und ganzen friedlichen Systemwechsel - mit gewissen Ausnahmen (Rumänien, sowjetische Teilrepubliken, Jugoslawien) - eine grundlegende Veränderung der Gesellschaften, und die gesellschaftliche und politische Entwicklung Osteuropas seither ist trotz vieler Probleme in positivem Sinne überraschend. Entgegen äußerst pessimistischen Prognosen kam es in allen diesen Ländern seither mehrmals zum geordneten Regierungswechsel. Es wurden pluralistische Mehrparteiensysteme etabliert, die zwar mit Kinderkrankheiten und Problemen behaftet sind, aber im wesentlichen funktionieren. Demokratische Verfassungen und demokratische Wahlsysteme ermöglichen Machtwechsel. Die neuen politischen Systeme Osteuropas sind sicherlich unvollkommen, und zum Teil gibt es in ihnen personelle Kontinuitäten der vorherigen Eliten unter neuen Parteeietiketten, aber es wurde in weiten Teilen dieser Region eine neue demokratiepolitische Qualität erreicht. Es gibt dabei natürlich verschiedene Schattierungen und Reifegrade dieser demokratischen Systementwicklung, die in erheblichem Maße auch mit dem Entwicklungsstand der jeweiligen Gesellschaft im jeweiligen Land in früheren Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zusammenhängen. Die Demokratietraditionen waren in den Ländern Mittelost- und Osteuropas durchaus unterschiedlich ausgeprägt. So hatte beispielsweise die Tschechoslowakei in der Zeit von 1918 bis in die dreißiger Jahre hinein eine voll entwickelte parlamentarische Demokratie, in Polen und Ungarn waren die demokratischen Zwischenspiele schon wesentlich kürzer und Perioden hausgemachter Faschismen wesentlich länger (Pilsudski, Horthy). Rußland hatte überhaupt nur eine überaus kurze demokratische Episode zwischen Zarismus und nachfolgendem Leninismus und Stalinismus.

Gesellschaftlicher Sprengstoff im "Wilden Osten"

Dies alles in Rechnung stellend ist der Übergang von 1989 und die Entwicklung danach bisher relativ gut gelaufen. Entgegen manchen pessimistischen Prognosen, die in ungleich größerem Umfang Anarchie, Aufruhr und Bürgerkrieg erwartet haben. Aber in den heutigen Gesellschaften Mittelost- und Osteuropas steckt natürlich nach wie vor beachtlicher gesellschaftspolitischer Sprengstoff, der vor allem in ökonomischen Ursachen begründet liegt. In vielen Ländern Mittelost- und Osteuropas trat anstelle der bis 1989 dominierenden Zentralplanwirtschaften als vorherrschendes neues Modell des ökonomischen Wandels ein radikales Marktmodell. Dieses wurde in der Regel von oben her verordnet, als eine Art Schocktherapie per Dekret, als "market shock". Die Folgen waren zunächst starke Produktionsrückgänge, die zum Teil bis heute andauern, steigende Arbeitslosigkeit sowie eine Spaltung der Gesellschaft in Gewinner auf der einen Seite -Neureiche, Spekulanten und Teile der alten Nomenklatura sowie auf der anderen Seite die Mehrheit der Bevölkerung als ökonomische Verlierer dieses Umbruchs. Es kam zu einer starken Zunahme der Armut, zum Verlust sozialer Sicherheit, zu einem Abwandern von qualifizierten Arbeitskräften und zu aggressiven nationalistischen Strömungen. Dies sind genau jene Ingredienzien, die - läßt man sie eskalieren und tut nichts dagegen - zunächst zu gewaltsamen Konflikten innerhalb der Gesellschaften selbst und in weiterer Folge auch zu Konflikten zwischen den Staaten führen können. Die krasse Differenz in den sozialen und ökonomischen Lebensverhältnissen ist auch der Nährboden für aktualisierte Feindbilder, für die Verfolgung von Minderheiten, für verstärkten Nationalismus und religiösen Fundamentalismus, die dann die Begründungen für die scheinbare Notwendigkeit von Konflikteskalationen auf gewaltsamem Weg liefern. Dazu kam noch, daß sich in dieser Umbruchsituation die Rolle des Staates äußerst stark wandelte. War er früher stark und übermächtig und übte ein Höchstmaß an Kontrolle bis in kleinste Lebensbereiche aus, so entstand jetzt vielfach ein staatliches Vakuum, in das nichtstaatliche (z.T. mafiose) Strukturen eindringen konnten, was die gesellschaftliche Instabilität zusätzlich erhöht. Es ist also genügend sozialer und politischer Sprengstoff in den Gesellschaften des "Wilden Ostens" da, der zu gewaltsamen Eskalationen führen kann. Es ist daher dringend notwendig zu überlegen, was zur Entschärfung dieses Sprengstoffes getan werden kann - im Interesse der weiteren gewaltfreien Entwicklung der Gesellschaften der Staaten Mittelost- und Osteuropas selbst, aber auch im wohlverstandenen eigenen Sicherheitsinteresse der hochentwickelten europäischen Industriestaaten, die sich von der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa nicht abschotten können, auch wenn Teile der Bevölkerung es zum Teil heute ganz gern tun würden.

Entschärfung durch Investitionen und Hilfe

Es erhebt sich die Frage, wer etwas zur Entschärfung dieses Sprengstoffes tun kann. Hier hat sich in den Jahren nach 1989 deutlich herausgestellt, daß es primär die Aufgabe der westeuropäischen Industrieländer ist, präventiv zu handeln. Die Vereinigten Staaten betrachten diese Aufgabe primär als europäische Aufgabe und halten sich entsprechend zurück. In Europa selbst war deutlich festzustellen, daß das Bewußtsein über die Dringlichkeit der Lösung dieser Probleme je nach geographischer Lage und Betroffenheit divergierte. So bedurfte es in Europa nach 1989 erst einiger Jahre der Diskussion, bis beispielsweise auch im westlichen Teil Europas die Tragweite dieser neuen Entwicklungen in Osteuropa erkannt wurde und eine stärkere Beteiligung an der Lösung der Probleme zu mobilisieren war.

Wandel in Osteuropa aktiv unterstützen

Man kann also davon ausgehen, daß es im eigenen Interesse der europäischen Industrieländer als vormaligem "Westen" vernünftig ist, den Wandel im Mittelost- und Osteuropa aktiv zu unterstützen und zu festigen. Westeuropa ist dazu ja auch durchaus in der Lage. Es verfügt nach wie vor über ein hohes Niveau der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Die EU-Länder haben in Summe genommen einen hohen Lebensstandard, wenngleich auch sie nicht frei von krisenhaften Entwicklungen sind. So ist etwa seit den achtziger Jahren unter dem Einfluß neokonservativer ökonomischer Ideologien eine Tendenz zur Wegentwicklung von der sozialen Marktwirtschaft hin zu einem ungebremsen globalisierten Konkurrenzkapitalismus festzustellen. Seine Folgen sind evident: hohe Arbeitslosigkeit, Zunahme der Unterschiede zwischen arm und reich, Schwächung der Netze

sozialer Sicherheit, Aufkommen von Zukunftsängsten, Aufkeimen radikal rechtspopulistischer Parteien. Das sind einige Indikatoren dieser krisenhaften Entwicklung. Es ist allerdings eine Krise auf hohem ökonomischen Niveau; die aus den bitteren Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre nach 1945 ungleich dichter geknüpften sozialen Netze halten vorläufig. Dennoch ist ein Ansteigen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu registrieren. Es gibt Tendenzen zur Renationalisierung, zum Rückzug von internationaler Kooperation, Sehnsüchte nach Isolationismus als Gegentendenz zur zunehmenden Internationalisierung und den steigenden Wunsch, die Tür gegenüber Osteuropa zuzumachen, sich abzuschotten. Manchen wäre es zweifellos am liebsten, den "Eisernen Vorhang" - diesmal vom Westen her - wieder aufs neue zu errichten.

Abschottung wäre fatale Vogel-Strauß-Politik

Eine Politik, die diese Richtung einschlägt, wäre eine fatale Vogel-Strauß-Politik. Denn es ist genug Wirtschaftskraft in den westeuropäischen industrialisierten Ländern da, um die Entwicklung in Mittelost- und Osteuropa so weit zu stabilisieren, daß eine Explosion von Konflikten dauerhaft vermieden werden kann. Gleichzeitig kann ja auch davon ausgegangen werden, daß eine gute Entwicklung der Ökonomie in Mittelost- und Osteuropa durch verstärkte Investitionstätigkeit des "Westens" eine positive Wirkung auf die Reduzierung der Arbeitsemigration aus diesen Ländern sowie auf die Entwicklung moderner ökonomischer Strukturen und das Entstehen neuer Märkte in den Ländern Osteuropas selbst hat. Ein Großteil dieser Menschen verläßt diese Länder ja nicht aus Jux und Tollerei, sondern wandert auf Grund des Mangels an persönlicher Lebensperspektive und zum Teil wegen unmittelbarer existentieller Bedrohung aus.

Es ist daher vorrangig, die Wohlstandsunterschiede zwischen den hoch entwickelten westlichen Industrieländern und den Ländern Mittelost- und Osteuropas dauerhaft zu reduzieren. Dies setzt die Bereitschaft zur Investition in den Ländern Mittelost- und Osteuropas in der Form von Direktinvestitionen oder Joint Ventures voraus; ebenso die Bereitschaft zu gezielter Wirtschaftshilfe technischer und humanitärer Art. Dies kann u.a. geschehen durch die schrittweise Einbeziehung Mittelost- und Osteuropas in den EU-Raum (Osterweiterung der EU) sowie den Transfer von Know-How aus den politischen und administrativen Systemen der verschiedenen Verwaltungsebenen (kommunal, regional, staatlich) von West nach Ost.

Zwischenbilanz der bisherigen Hilfe

Was davon wird und wurde in welchem Umfang schon realisiert? Wie weit ist es gelungen, nach der Euphorie von 1989 nun in den "Mühen der Ebenen" täglicher gesellschaftlicher Entwicklung voranzukommen? Die Bilanz ist ernüchternd und z.T. desillusionierend. Nach dem Fall des "Eisernen Vorhanges" wurde von praktisch allen ehemals kommunistischen Staaten die Marktwirtschaft als Ordnungsrahmen installiert. Diese zum Teil sehr abrupte Umstellung brachte große Schwierigkeiten, die an anderer Stelle schon skizziert wurden und machte Hilfe von außen notwendig. Es wurde in den ersten Jahren nach 1989 auch in einem gewissen Ausmaß Hilfe geleistet. Sie litt aber von allem Anfang an unter mangelnder Kohärenz und einem im großen und ganzen zu geringen Volumen. Österreich mit 0,14 % vom Bruttonationalprodukt (BNP) und die BRD mit 0,13 % lagen dabei noch an der Spitze. Andere reiche Industrieländer engagierten sich ungleich weniger (z.B. USA 0,04 % BNP, Schweiz 0,05 %). Eine weitere Schwierigkeit bestand darin, daß die Handelsbeziehungen zwischen den Ländern Mittelost- und Osteuropas nach dem Zusammenbruch des COMECON weitgehend zerstört waren. Gleichzeitig gelang es jedoch nicht, die verlorenen Handelsbeziehungen in nennenswertem Ausmaß durch neue Handelsbeziehungen mit westlichen Industrieländern zu substituieren. Eine weitere Schwierigkeit bei der Organisation von ökonomischer Hilfe bestand darin, daß die Wirtschaftskraft der Empfängerländer äußerst unterschiedlich ausgeprägt war. Die Spannweite der unterschiedlichen Entwicklung reichte dabei von Ländern mit einem Pro-Kopf-Einkommen über dem Niveau mancher OECD-Staaten (Slowenien) bis hin zu Ländern mit afrikanischen Wirtschaftsentwicklungsstandards (z.B. Albanien). Dies erforderte die Entwicklung eines sehr differenzierten Instrumentariums von Hilfe, die auf die jeweilige Situation angepaßt ist. Die internationale Hilfe ließ sich zunächst 1989 ganz gut an, so wurde beispielsweise auf dem G7-Gipfel ein entsprechender Koordinationsmechanismus geschaffen, und es kam zuerst primär zu finanziellen Unterstützungen in der Form von Zahlungsbilanzhilfen. Es wurden von der Weltbank und der EU-

Kommission Beratungsgruppen konstituiert, wobei sich die EU-Koordination primär um die zentralosteuropäischen Länder kümmerte und die USA und die Weltbank um die neuen unabhängigen Staaten. Seit etwa 1994 ist jedoch eine "Verdünnung" der Unterstützungs- und Hilfstätigkeit der westlichen Industrieländer und ein Versickern der internationalen Koordination spürbar. Man spricht von "Gebermüdigkeit". Es besteht daher durchaus die Gefahr, daß die einmal eingeleiteten Änderungen auf halbem Weg stecken bleiben.

Schrittweise Osterweiterung Europas

Eine ganz entscheidende Rolle bei der Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Sozialstrukturen Mittelost- und Osteuropas wird die Osterweiterung der EU spielen, die nicht nur vordergründig aus ökonomischer Perspektive gesehen werden kann, sondern auch als eine im weitesten Sinn umfassende Sicherheitspolitik Europas gesehen werden muß. Dabei ist davon auszugehen, daß die mittelost- und osteuropäischen Länder trotz ihrer Übergangsprobleme mittelfristig Wachstumsregionen sind und daß in diesen Ländern Märkte und Handelspartner für den "Westen" entstehen. Die Schwierigkeiten der Realisierung der Osterweiterung liegen einerseits in der hohen Arbeitslosigkeit in Westeuropa begründet, andererseits in der Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen in Industrie und Landwirtschaft zwischen west- und osteuropäischen Ländern. Diese Verzerrungen führen dazu, daß verstärkt Betriebe infolge viel niedrigerer Lohn-, Sozial- und Konsumentenschutzstandards in Osteuropa aus Westeuropa abwandern. Damit wird aber wiederum die politische Akzeptanz der Osterweiterung im Westen stark gefährdet, weil diese Abwanderung von Betrieben und Jobs ein zusätzlicher Faktor zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit im Westen ist.

Ziel der Osterweiterung ist es, zu einer schrittweisen Angleichung der Produktionsverhältnisse und am Ende zu einer Vollintegration der mittelost- und osteuropäischen Länder zu kommen. Dies wird jedoch nicht ohne sehr langfristige Übergangsklauseln, vor allem für den Landwirtschafts- und Arbeitsmarktbereich, möglich sein. Auch wenn die erste Stufe der Osterweiterung (5+1) in absehbarer Zeit (7-10 Jahre) realisiert werden kann, so ist doch nur mit einem langsamen Abbau des Wohlstandsunterschiedes zu rechnen. EU-Prognosen gehen beispielsweise davon aus, daß bis zum Jahr 2005 bei Annahme von wirtschaftlichen Wachstumsraten von 4 % für den Osten (gegenüber 2 % für den Westen) nur die CSFR und Slowenien den Standard von Griechenland und Portugal erreichen werden, das heißt auf das Niveau von 60 - 70 % des durchschnittlichen Sozialproduktes der EU kommen. Für Ungarn werden nur 40 %, für die Slowakei 50 % und für Polen 38 % prognostiziert. Im Vergleich dazu geht man davon aus, daß entwickelte Industrieländer (wie beispielsweise Österreich oder Deutschland) im Jahr 2005 um 10 % über dem durchschnittlichen EU-Sozialprodukt liegen werden.

Die Spaltung in arme und reiche Länder überwinden

Es geht also um die Erreichung des übergeordneten Zieles, die Spaltung in arme und reiche Länder zwischen Westeuropa und Mittelost- und Osteuropa sowie die Spaltung innerhalb der Gesellschaften Mittelost- und Osteuropas langfristig schrittweise zu verringern und den damit verbundenen gesellschaftlichen und politischen Sprengstoff zu entschärfen. Auf diesem Weg sind auch schon einige Erfolgsschritte sichtbar. So sind die wirtschaftlichen Wachstumsraten in einigen unmittelbaren Nachbarländern Österreichs in den letzten Jahren beachtlich gestiegen, das Lohnniveau steigt ebenfalls, das Lohngefälle verringert sich langsam, aber alles ist insgesamt ein langfristiger Prozeß, der ständig von Übergangsproblemen begleitet sein wird.

In absehbarer Zeit ist daher aus meiner Einschätzung in Osteuropa politisch und ökonomisch ein sozial-liberaler Kurs am ehesten erfolgsversprechend. Die Abkehr von den zentralistischen Staatsplanwirtschaften macht es notwendig, in wirtschaftlichen Bereichen weiterhin gezielte Deregulierungsmaßnahmen fortzusetzen und die Förderung von unternehmerischer Tätigkeit zum Aufbau eines marktwirtschaftlichen Sektors zu stärken. Gleichzeitig müssen aber vom staatlichen Sektor her in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in Ökologie und Ausbildung, Maßnahmen gesetzt werden, um Mindeststandards zu garantieren, die das Absinken großer Bevölkerungsteile in Armut vermeiden und Chancen für eine Neuentwicklung öffnen. Es müssen die verschiedensten Instrumente moderner Industriepolitik in Anwendung gebracht werden, also z.B. Ausbau der Infrastruktur, Entwicklung moderner Technologien, Entwicklung von effizienten Marktmechanismen, Schulung von

Arbeitskräften, Exportförderung. Dabei ist von seiten der westlichen Industrieländer mehr zu tun als bisher, dies liegt im wohlverstandenen Eigeninteresse der entwickelten Länder des Westens.

Know-How-Transfer im öffentlichen Bereich

Aber auch im nichtwirtschaftlichen Bereich muß die Unterstützung der Region Mittelost- und Osteuropa weiterhin vom Westen unterstützt werden. Dies gilt sowohl für die Einbeziehung der neuen Staaten in europäische Institutionen (Europarat, EU-Osterweiterung, KSZE, OSZE etc.). Ebenso jedoch auch für fortgesetzten Know-How-Transfer auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems und des öffentlichen Verwaltungssystems, etwa bei der Kommunalpolitik (z.B. ungarische Bürgermeister studieren kommunalpolitische Lösungsansätze in Österreich und Deutschland), etwa in der Regionalpolitik (z.B. Regionalpartnerschaften zwischen verschiedenen Bezirken und Regionen jeweils angrenzender Länder im West-Ost-Schnittfeld). Diese Kooperationsaktivitäten gelten aber auch für den Bereich der Parteien, wo durch wechselseitiges Kennenlernen auf Austauschtagungen, Seminaren und bei Einzelbesuchen die Vernetzung von Kontakten gefördert werden kann. Ebenso im Bereich von Bürgerinitiativen, die in der Frage der Umsetzung von Bürgerrechten und in Umweltfragen in vielen Ländern Mittelost- und Osteuropas sehr aktiv sind. Dazu zählt weiters der gewerkschaftliche Erfahrungsaustausch, ebenso der Austausch im Bereich von Wissenschaftlern und Studenten sowie das weite Feld der NGO's.

Rußland einbeziehen

Wichtig für alle diese Bereiche scheint mir zu sein, daß dabei jeweils Rußland miteinbezogen wird. Das heißt, daß Rußland nicht von Europa ferngehalten und weggedrängt, sondern der Versuch gemacht wird, Rußland in eine partnerschaftliche Kooperation einzubeziehen und nicht Kategorien unterschiedlicher Qualität von Hilfen zu schaffen. Dies gilt sowohl für den wirtschaftlichen, politischen als auch für den militärischen Bereich. Alle Strategien, Rußland dabei auszugrenzen bzw. in einer lediglich minderwertigen Form der Kooperation teilnehmen zu lassen und damit Strukturelemente des Kalten Krieges weiterwirken zu lassen, Rußland gewissermaßen an den "Katzentisch" zu verbannen, sind kontraproduktiv. Sie würden im wesentlichen dazu führen, daß in Rußland selbst die antieuropäischen, nationalistischen und altkommunistischen Kräfte gestärkt und die modernen welt- und westoffenen Gruppierungen geschwächt werden.

Neue europäische Sicherheitsarchitektur

Dies führt uns gleich weiter zur Frage der Gestaltung einer zukünftigen europäischen Sicherheitsarchitektur. Sie erfordert zunächst eine offene Neubewertung vorhandener organisatorischer Instrumente (OSZE, KSZE, WEU, NATO etc.). Welche realistischen Bedrohungs- und Konfliktmöglichkeiten gibt es? Die Einschätzung derselben kann nicht alleine den Militärs überlassen werden, die ja aus verständlichem Eigeninteresse einen gewissen Hang dazu entwickeln, stets neue fiktive Bedrohungsszenarios zu produzieren, um die eigenen Institutionen und Budgets nicht in Frage stellen zu müssen. Es geht aber auch um die Kostenfrage und um den Primat der Politik bei der Erstellung von Sicherheitskonzepten, die primär auf Konsultations-, Verhandlungs- und Vertragsstrategien abzielen und militärische Aktionen nur als eine - zudem an internationale Gremien rückgebundene - ultima ratio vorsehen, wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft sind. Es geht in diesem Zusammenhang auch darum, ein umfassendes Konzept von Sicherheitspolitik zu entwickeln, das heißt insbesondere auch die Lösung ökonomischer und sozialer Fragen als wesentliche Voraussetzungen für das Klima eines sicheren Zusammenlebens in den Vordergrund zu stellen und nicht an einem antiquierten Verständnis von Sicherheitspolitik festzuhalten, das sich lediglich auf militärstrategische Fragen reduziert. Darüber hinaus geht es um eine kontinuierliche Fortsetzung der Abrüstungspolitik sowohl im Bereich konventioneller als auch nuklearer Bewaffnung und eine weitere schrittweise Verkleinerung der Militärpotentiale im Bereich West- und Osteuropas.

Realistischerweise muß derzeit allerdings eingeräumt werden, daß derjenige Bereich innerhalb der EU, der bisher am vagesten formuliert und am wenigsten realisiert wurde, der Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist. Dieses Nichtvorhandensein einer ausdefinierten und institutionell organisierten europäischen Sicherheitsstrategie, die im Ernstfall in der Lage ist,

militärische Feuerwehractionen effizient zu organisieren und durchzusetzen (s. Beispiel Bosnien), führt letztlich dazu, daß in der Praxis der von den USA nach wie vor dominierten NATO - bisher zumindest - eine Schlüsselrolle zufällt. Daher ist eine Beschleunigung des Zusammenwachsens der EU-Staaten auch auf den Feldern der Außen- und Sicherheitspolitik neben der Errichtung des gemeinsamen Binnenmarktes eine weitere *conditio sine qua non* eines selbstbewußten europäischen Selbstverständnisses.

Dr. Erich Fröschl
Direktor des Renner-Institutes, Wien